Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Technischen Ausschusses

Mittwoch, 17.01.2018, 16:00 Uhr

Öffentlich

**zu 1 Lärmproblematik in der städtischen Musikschule
Vorlage: 267/2017**

Beschluss (einstimmig beschlossen bei 10 Ja-Stimmen):

Die Notwendigkeit einer baulichen Lösung, um die Lärmproblematik nachhaltig zu verbessern wird gesehen. Über den Umfang der Maßnahmen wird im Rahmen der Haushaltsplanberatung entschieden.

**zu 2 Parkplatz vor dem Kindergarten Krumbach und dem Vereinsheim des
Musikvereins Krumbach
Vorlage: 253/2017**

Beschluss (einstimmig beschlossen bei 10 Ja-Stimmen):

1. Der Parkplatz wird im derzeitigen Zustand belassen.
 2. Es ergeht der Auftrag an die Verwaltung, die weitere Entwicklung zu beobachten und die Ergebnisse den Gremien vorzulegen.
-

**zu 3 Bauantrag - Errichtung eines Betriebsgebäudes mit Betriebsleiterwohnung
und 2 Werbeanlagen, Herstellung von 9 Stellplätzen, Marienfelderstraße,
Flst.Nr. 1095/3
Vorlage: 256/2017**

StRat Hansjörg Bär stellt den Antrag, den BPl in Teilen zu ändern, um die Errichtung der Betriebsleiterwohnung zu ermöglichen.

**Beschluss gem. Antrag StRat Bär mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme,
8 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.**

Die Beschlussfassung vom 29.11.2017 besteht fort:

Der Erteilung der erforderlichen Befreiungen

- Art der baulichen Nutzung (Betriebsleiterwohnung im GE) wird nicht zugestimmt.
mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung
 - Freistehende Werbeanlagen zur L 333 wird nicht zugestimmt.
mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimme und 1 Enthaltung
-

- zu 4** **Bebauungsplan „Bürgermoos West BA II“**
- Ergebnis der frühzeitigen Offenlage mit Abwägungsbeschluss gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB
- Beschluss über die Durchführung der regulären Offenlage nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 254/2017

Beschluss (mehrheitlich beschlossen bei 7 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 befangenem Ratsmitglied)

1. Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans „Bürgermoos West BA II“ (Planzeichnung, textliche Festsetzungen und örtliche Bauvorschriften, Begründung) in der Fassung vom 19.12.2017 wird unter Berücksichtigung der gemäß Anlage 1 und 2 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen gebilligt.
Die Planzeichnung wurde nochmals ergänzt und als Tischvorlage ausgelegt. Der neue Planstand als Grundlage der Beschlussfassung lautet 16.01.2018.

Die Abwägungen aus Anlage 1 und 2 wurden mit Ausnahme folgender Punkte gemäß Vorschlag einstimmig beschlossen:

- Bürger 1: 1 - 3 einstimmige Kenntnisnahme, 4. einstimmig nicht gefolgt (statt Kenntnisnahme)
 - Künftig wird die Legende für Rahmenplanungen entsprechend abweichend dargestellt.
 - Bürger 3: bei 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen
 - Bürger 7: bei 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen
2. Die reguläre Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB wird durchgeführt.
3. Die Verwaltung wird damit beauftragt, dass weitere Bauleitplanverfahren durchzuführen.

-
- zu 5** **Vorbereitende Untersuchungen „Erweiterte Innenstadt“**
Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen gemäß §141 BauGB
Vorlage: 261/2017

Beschluss (mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme):

Der Bericht und der Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 BauGB werden zur Kenntnis genommen.

zu 6 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

Anfragen aus dem Gremium

a) Kündigungen der Wohnungen am Klinikum

Es wird angefragt, wie mit Menschen umgegangen werde, die dort ihre Wohnung verlieren und keine neue finden könnten. Es werden außerdem eine genaue Anzahl solcher Fälle und der Umgang hiermit erfragt. Die Stadt sei hier im Zugzwang.

Von der Verwaltung wird erläutert, dass die Stadt nicht in der Lage sei 100 % abzudecken. Dies sei auch personell nicht machbar.

Es wird dennoch gebeten, auf die gekündigten Mieter aktiv zuzugehen und Hilfestellung zu geben.

Von anderer Seite des Gremiums wird berichtet, dass auch die Investoren durchaus daran seien, Ersatzunterkünfte bereitzustellen. Inwieweit die Stadt in der Lage sei, hier zu helfen, sei angesichts der Wohnungsknappheit fraglich.

In einem beratenden Ausschuss solle dieses Thema sowie die Obdachlosenunterbringung und Anschlussunterbringung demnächst auf die Tagesordnung kommen. Die Verwaltung sei hier in Vorbereitung. Es wird bestätigt, dass die Investoren versuchten, adäquaten Ersatzwohnraum bereitzustellen.

Es wird darum gebeten, dass das Problem beobachtet und hierüber informiert wird.

b) Glasfaser Telekom

Scheinbar hätten heute morgen Glasfaserkabelverlegungen ins Neue Schloss stattgefunden. Weder die Stadt noch Anwohner oder Gewerbetreibende seien hierüber informiert worden, obwohl diese ggfs. ebenfalls gerne einen Anschluss hätten.

Es wird berichtet, dass die Aufgrabung nur stattgefunden hätte, weil ein Leerrohr nicht durchgegangen sei. Sollten alle Anlieger angeschlossen werden, müsste großräumig aufgegraben werden. Die Telekom sei aufgefordert worden, künftig bei solchen Dingen auf die Stadt zukommen. Es wird ergänzt, dass lediglich bekannt gewesen sei, dass im Bereich des Ehrenhofs angeschlossen werden sollte.

Die Mitteilungen und Anfragen wurden zur Kenntnis genommen.